

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsere werden nicht angenommen. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hankmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmelshauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 69. Telegr.-Adr.: Klfverband Bochum.

Ernstste Besorgnisse.

Die finanziellen Verhältnisse der meisten Knappschaftlichen Pensionskassen sind uns, schon wenn wir die erforderliche Fürsorge für die invalide aus dem Kriege heimkehrenden und für die Hinterbliebenen der gesunkenen Knappschaftsmitglieder bedenken, zu sehr ernststen Besorgnissen Veranlassung geben.

In der bereits in der vorigen Nummer dieser Zeitung erwähnten Denkschrift: „Maßnahmen zur Förderung der Gesundung in den geldlichen Verhältnissen der preussischen Knappschaftspensionskassen“ versichern uns die Verfasser (Herr Knappschaftsdirektor Dr. Heinemann und Herr Versicherungsdirektor Dr. Zimmermann), am Ende des Jahres 1913 hätten von den 62 preussischen Knappschaftspensionskassen nur 28 ein Vermögen besessen, das zur Deckung der laufenden Pensionen und mehr ausreichte. Als ausreichende Deckung bezeichnen die Herren einen Vermögensbestand, aus welchem die bisher eingegangenen Pflichtenverpflichtungen etwa 10 Jahre lang erfüllt werden können.

Erfahrungsgemäß hat die Pensions-Bezugszeit der 1909 bis 1912 verstorbenen preussischen Knappschaftsmitglieder durchschnittlich 10,1—10,7 Jahre gedauert. Die Bezugszeit der Witwenrente stieg gleichzeitig bis über 16 Jahre.

Geht also der Fall, Mitgliederzahl, Beiträge und Leistungen der Pensionskassen blieben von einem gewissen Zeitpunkt an unverändert, so würden sie mindestens ein Vermögen im zehnfachen Betrage einer Jahresausgabe besitzen müssen, um die bis dato bewilligten „laufenden“ Pensionen dauern zu zahlen zu können. Für die inzwischen neu eingetretenen Pensionsfälle wäre dann aber noch keine Deckung vorhanden. Von dieser Berechnungsgrundlage gehen die Herren Dr. Heinemann und Dr. Zimmermann in ihrer Denkschrift aus.

Trifft sie zu, dann waren Ende 1913 nicht weniger wie 34 (von 62) preussischen Knappschaftspensionskassen nicht in der Lage, aus ihrem Vermögensbestande die Deckung auch nur der laufenden Pensionen zu garantieren. Unter diesen Knappschaftsvereinen befanden sich u. a. der Töbenländer (für 5 Jahre Deckung), der Quinter (nur 1 Jahr Deckung), der Hlescher (9), der Unterharzer (6), der Halberger (7), der Briloner (2), der Saarbrücker (4), der Mansfelder (6), der Niederschlesier (5), der Rauhhammer (6), der Oberschlesier (8), der Siegener (5), der Westfälische (9), der im Wurmgebiet (7).

Legen wir denselben versicherungstechnischen Maßstab an die außerpreussischen Knappschaftspensionskassen an, so finden wir, daß nach den letzten Abrechnungen (meist für 1912) ausreichende Deckung für die laufenden Pensionen besaßen: Die Allgemeine Pensionskasse für das Königreich Sachsen, die drei Knappschaftsvereine in Braunschweig und die acht Knappschaftlichen Pensionskassen in Elsaß-Lothringen, wenn deren Gesamtvermögen in Ansatz gebracht wird.

Dagegen besaßen die im Bayerischen Knappschaftsverband zwecks Rückversicherung vereinigten Pensionskassen zusammen noch kein für die Deckung der laufenden Pensionen ausreichendes Vermögen. Auch die Knappschafts-Vereine in Altenburg und Anhalt erlangten dieser Deckung. In der gleichen Lage befanden sich die württembergischen und die hessischen Knappschafts-Vereine.

Das sind sehr besorgniserregende Zustände! Ueberraschen können sie uns nicht, denn seit Jahrzehnten haben die gewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten auf diese gefährdrohende Entwicklung hingewiesen und durchgreifende Reformen verlangt.

Natürlich steht die Sache nun nicht so schlimm, daß sämtliche Pensionskassen mit einem derzeit ungenügenden Vermögen in kurzer oder doch absehbarer Zeit den Bankrott anmelden müßten. Das trifft zunächst nur zu für eine Anzahl Pensionskassen in solchen Bezirken, in denen der Bergbaubetrieb völlig stabil bleibt oder gar zurückgeht. Wo mithin kein frischer Mitgliederzuwachs mit entsprechenden Beitragsleistungen eintritt. Die Gefahr ist am höchsten dort, wo es sich um Massen ohne ausreichendes Vermögen und mit nur ein paar Duzend oder ein paar hundert Mitgliedern handelt. Solcher Knappschaftsvereine gibt es aber in Deutschland noch immer einige Duzend.

Je größer der Mitgliederkreis ist, desto geringer ist in der Regel die Gefahr für die Sicherung der Kassenleistungen. Die Gefahr ist, auch bei einem zur Zeit noch unzureichenden Vermögen, am geringsten, wenn sich das Vereinsgebiet über ein Gebiet mit möglichst vielen mindestens stabilen Betrieben erstreckt. So ist die Leistungsfähigkeit der Knappschaftlichen Pensionskassen kaum in Frage gestellt oder, nach menschlicher Voraussicht, unbedingt gesichert in den großen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren; auch in den größeren Erzbergbau- und Salzbergwerksbezirken läßt sich leicht volle Sicherheit schaffen durch Zusammenlegung der benachbarten Vereine. Beispielsweise reichte der Vermögensbestand zur Deckung der laufenden Pensionen aus

1908 für Jahre	1913 für Jahre	beim Knappschaftsverein
8	17	Salle
10	20	Brühl
14	62	Rheinpreußen

Es kommt, abgesehen von den entscheidenden Reformen, die auf dem Gebiete eines größeren Arbeiterschutzes liegen, hauptsächlich darauf an, inwieweit die bergbauartige Entwicklung in den betreffenden Bezirken den Pensionskassen einen in absehbarer Zeit nicht zurückgehenden, eher anwachsenden Mitgliederbestand garantiert. Dort ist dann von keinem Beharrungszustand die Rede und nach der zur Zeit bemessenen Beiträgen normaler Weise auch ein Vermögenszuwachs zu erwarten.

Wir haben aber Knappschaftspensionskassen mit wenig (oft nur einigen Duzend oder hundert!) Mitgliedern, noch dazu für Bezirke, in denen der Bergbau stabil bleibt oder zurückgeht! Hier besteht die allerdringendste Gefahr für die finanziellen Rückstellungen, Witwen und Waisen! So mußten 1907 bzw. 1908 infolge finanzieller Leistungsunfähigkeit die Knappschaftsvereine Meinerzhagen und Salzkotten aufgelöst, der Mitgliederbestand dem benachbarten Knappschaftsverein überwiesen werden, wobei den alten Mitgliedern empfindliche Verluste ihrer „erdienten“ Anwartschaft entstanden! Trotz wiederholter, auch behördlicher Mahnung sind denn seit dem 1. Januar 1908 bestehenden Knappschaftlichen Rückversicherungs-Verband bisher nur 37 von den 62 preussischen und außerdem nur 4 außerpreussische Knappschaftsvereine beigetreten. Schließen wir die bayerischen Knappschaftsvereine, die einen besonderen Rückversicherungsverband besitzen, aus, dann bleiben immer noch 82 deutsche Knappschaftsvereine (1912 Gesamtzahl 111) übrig, die sich keine finanzielle Rückdeckung verschaffen! Die meisten von ihnen konnten 1913 aus ihrem eigenen Vereinsvermögen nicht einmal die dauernde Zahlung der laufenden Pensionen garantieren!!! Das sind doch gewiß unhaltbare Zustände.

Wenn wir auch den finanziellen Ausführungen der beiden Denkschriftverfasser nicht restlos zustimmen können, einig sind wir mit ihnen unbedingt in der Forderung:

„Rasche Auflösung der leistungsunfähigen kleinen und mittleren Pensionskassen, ihre Verschmelzung zunächst mit den Nachbarvereinen! Sodann Reorganisation des Knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes, eventuell Neugründung eines Allgemeinen Knappschaftlichen Rückversicherungs-Verbandes, dem sämtliche deutschen Knappschaftspensionskassen beitreten müssen. Wenn eine dauernde Gesundung der Pensionskassenverhältnisse herbeigeführt werden soll, so muß die Gesamtheit der Knappschaftsvereine dafür eintreten!“

Es ist eine schmerzliche Genugtuung für unsere alten gewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten, daß nun endlich ihre bereits vor Jahrzehnten aufgestellte Forderung: „Sicherung der Knappschaftlichen Leistungen durch Vereinheitlichung der deutschen Knappschaftspensionskassen!“ von sehr sachkundiger Seite als durchaus gemeinnützig anerkannt wird. Schmerzlich ist es, zu sehen, daß so viele kostbare Zeit für die Knappschaftskassen fast ungenutzt verstrich und daraus so vielen Knappschaftsmitgliedern große Verluste erwuchsen. Wer das, was nun in ihrer Denkschrift die Herren Dr. Heinemann und Dr. Zimmermann für die Gesundung der Knappschaftskassen vorschlagen, arbeitserseits vor zwanzig und mehr Jahren empfahl, der mußte sich beleidigende Verdächtigungen gefallen lassen. Heute stehen zahlreiche deutsche Knappschaftspensionskassen vor der Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs, und so gar die erworbenen Anwartschaften, von den noch kommenden gar nicht zu reden, können verloren gehen!

Denn nun kommen die vielen Kriegsoffer zu der normalen Massenbelastung noch hinzu! Von den 783 644 Pensionskassenmitgliedern, die Ende 1913 den preussischen Knappschaftsvereinen angehörten, waren anfangs 1915 bereits 243 923 = 31 Prozent zum Kriegsdienst eingezogen. Tausende sind bereits gefallen, noch mehr Tausende werden, zur Bergwerksarbeit unfähig, als Invaliden heimkehren. Mit der langen Kriegsdauer hat man nicht gerechnet. Die dauernde Belastung der Pensionskassen mit neuen Invalidenpensionen, Witwen- und Waisengeldern wird durch den Krieg außerordentlich viel stärker werden, als sie in Friedenszeiten war. Wenn hier nicht durch rasche Verschmelzung der vielen Knappschaftsvereine mit passiver Bilanz und gleichzeitiger Bildung eines reichsdeutschen Garantie- oder Rückversicherungsverbandes, dem alle Knappschaftsvereine beitreten müssen, Vorhilfe getroffen wird, dann ist für die Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen das Schlimmste zu befürchten!

Man denke nur ja nicht daran, etwa durch Herabsetzung der Pensionen eine „Gesundung“ der Kassen vornehmen zu können. Das wäre auch ein schlechter „Danke“ für die dem Vaterlande auf den Schlachtfeldern gebrachten blutigen Opfer, wenn den Invaliden, Witwen und Waisen nachträglich die an sich schon zumeist viel zu niedrigen Pensionen noch gekürzt würden! Das würde auch im schreienden Gegensatz zu dem Versprechen stehen, ausreichend für die Kriegsinvaliden bzw. für die Hinterbliebenen der Gefallenen sorgen zu wollen. Also: von einer Herabsetzung der Kassenleistungen darf keine Rede sein! Daß umgekehrt eine Erhöhung der Leistungen unumgänglich ist, auch für die erworbenen Anwartschaften, wollen wir in einem besonderen Artikel nachweisen.

Sollen die ernststen Besorgnisse um das Schicksal der Knappschaftlichen Pensionskassen und um die Anwartschaften der Mitglieder beseitigt werden, dann müssen die zuständigen Behörden rasch und energisch handeln. Wir erwarten das bestimmt.

Lebensmittelwucher.

Als Verrat am Vaterlande brandmarkte nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 506 vom 30. Juni) der sächsische Minister des Innern, Graf Bismarck von Götzt, am 29. Juni im sächsischen Landtag den Wucher mit Lebensmitteln. Um einem weiteren Anziehen der Lebensmittelpreise vorzubeugen, kämen zwei Maßnahmen in Betracht: Festsetzung von Höchstpreisen und schärferes Einschreiten gegen den Lebensmittelwucher. Soweit aber die Festsetzung von Höchstpreisen nicht die für den Verbraucher wünschenswerte Wirkung habe, bleibe nur die Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte übrig. Wenn noch nicht eine Verordnung gegen den Lebensmittelwucher erlassen worden sei, so habe dies in den Schwierigkeiten seinen Grund, für eine solche eine einwandfreie Form zu finden, die diesem schamlosen Treiben ein Ende macht. Die sächsische Regierung hoffe aber, daß sich noch eine allgemeine Fassung finden lasse, sie sei auch bereit, bei der Reichsregierung den Erlaß scharfer Strafvorschriften gegen den Lebensmittelwucher zu beantragen.

Nicht nur ein schärferes Einschreiten gegen den Lebensmittelwucher, sondern dessen Ausrottung wäre längst notwendig gewesen. Denn es ist ein unerträglich Zustand, daß die Lebensmittelwucherer, um sich zu bereichern, unsere Verteidigungskraft untergaben, während Millionen Volksgenossen auf den Schlachtfeldern Blut und Leben für die Verteidigung unseres Heimatlandes einsetzen müssen. Worte der Entrüstung nützen da nichts. Obwohl der Lebensmittelwucher in anderen Parlamenten und in der Presse gleich scharf verurteilt wurde, hat sich nichts gebessert, im Gegenteil, die Preise fast aller Lebensmittel sind, besonders für die ärmeren Volkskreise, fast unerschwinglich geworden. Ebenjowenig werden schärfere Strafvorschriften nützen. Wenn Besserung erzielt werden soll, muß das Uebel an der Wurzel gefaßt werden.

Daß der Lebensmittelwucher während der Kriegszeit so lippig gedeihen konnte, war vorauszuheben, und ist letzten Endes zurückzuführen auf das gänzliche Fehlen einer umfassenden Organisation auf dem Gebiete der Warenbestellung und Warenverteilung. Wäre unsere wirtschaftliche Kriegsbereitschaft auch nur annähernd so gut gewesen wie die militärische, so wären uns all die schlimmsten Erfahrungen während der Kriegszeit erspart geblieben, denn an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln fehlte es nicht. Hier hätte darum eingegriffen und alles getan werden müssen, um die früheren Unterlassungsünden möglichst gut zu machen. Aber das geschah nicht. Alles das kam dem Lebensmittelwucher zuflatten und mußte während der Kriegszeit um so schlimmere Folgen zeitigen, als Regierungen und Behörden zu spät und mit durchaus unzulänglichen Maßnahmen eingriffen. Die Verhältnisse wurden so unhaltbar, daß selbst die „Rhein.-Westf. Btg.“ am 8. und 17. Februar 1915 neben der Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte auch die Beschlagnahme der Kartoffel- und Fleischvorräte forderte. Wir bemerken dazu in der „Bergarb.-Zeitung“ vom 27. Februar 1915:

„Nur kennt kein Gebot, sie lehrt selbst die „Rhein.-Westf. Btg.“ Forderungen erheben, die sie früher aufs schärfste bekämpfte. Wir gehen jedoch noch weiter: Soll die Volksernährung in der Kriegszeit sichergestellt werden, ist nicht nur die Bestandaufnahme und Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte, die leider erst am 25. Januar verfügt wurde, und der Kartoffel- und Fleischvorräte, sondern auch der sonstigen wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel notwendig. Ganze Arbeit muß gemacht werden, es ist die höchste Zeit.“

Die zeitweilige Verstaatlichung der Nahrungsmittelfürsorge wird nun auch in einer Zuschrift an die „Rhein.-Westf. Btg.“ (Nr. 484 vom 22. Juni) gefordert, worin es u. a. heißt:

„Weil fehlt die Kartoffel in den Ernährungsmaßnahmen für die diesjährige Ernte? Hat der Bundesrat keine Kenntnis von dem sehr eigenartigen Ergebnis der verflochtenen Kartoffelstatistik? Weiß der Bundesrat nicht, daß in Deutschland eine Kartoffelnot sozusagen erfinden wurde und daß so die Einzelverkaufspreise auf das Dreifache des gerechten Preises getrieben wurden? Weiß der Bundesrat nicht, daß nur auf Grund einer, wie im Wesen begründet, mangelhaften statistischen Aufnahme das Kartoffelgespenst losgelassen wurde, dem zuliebe dann Millionen Schweine Ernährungschwierigkeiten bekamen und sich in „kurzfristige“ Dauerware verwandelten mußten? Weiß der Bundesrat nicht, daß heute, kurz vor der neuen Ernte riesige Kartoffelmengen der alten Ernte dem Verderben ausgeliefert sind und wohl bald zu jedem Preis auf den Markt geworfen werden? Ist der Bundesrat von der Schädigung der Kaufkraft der Bevölkerung unterrichtet, die gezwungen wurde, eine Kartoffel- und Fleischsteuerung zu beghalten ohne natürliche Ursachen?“

Es ist unnötig und zwecklos, jezt nochmals Einzelheiten aus den mißglückten Volksernährungsmaßnahmen in Bezug auf Kartoffeln und Fleisch des verflochtenen halben Jahres darzulegen; die Fehler sind nun mal gemacht worden und die Bevölkerung hat sich damit abfinden müssen. Aber die Bevölkerung kann heute verlangen, daß die verantwortlichen Stellen aus den Fehlern gelernt haben und die neue Ernte so dem allgemeinen Volkwohl nutzbar machen, wie es dieses wackere Volk, das still und treu seine Wesen und Edelsten opfert, verdient.

Die notwendigsten Lebensmittel müssen der Spekulation vollständig entzogen werden. Dazu gehört die Kartoffel in erster Linie. Es ist doch kein Geheimnis, daß wir selbst bei nur mittlerer Ernte so überreichlich Kartoffeln im Lande haben, daß nicht nur keine Steuerung dieses Nahrungsmittels für den Menschen einzutreten braucht, sondern auch genug für Futtermittel übrig bleibt. Auf der Grundlage dieser Tatsachen sollte man endlich klare Bahnen schaffen, mit dem Ziel der möglichst billigen Volksernährung: man setze Höchstpreise im Kleinhandel fest und entziehe alle zur Lebenserhaltung unbedingt notwendigen Bodenzeugnisse und Nahrungsmittel dem spekulativen Großhandel. Auch die Kaufverträge über Kartoffeln aus der diesjährigen Ernte müssen für nichtig erklärt werden. Die verantwortlichen Stellen müssen und können Mittel und Wege finden, um der Bevölkerung für das verteuerte Brot einen Ausgleich in Gestalt einer ganz billigen Kartoffel zu verschaffen, damit der gesundheitliche Nutzen der fleischarmen Ernährung auch dem Geldbeutel zugute kommt. Man darf der festen Ueberzeugung sein, daß ein Höchstverkaufspreis von 3,75 bis 4,50 Mk. für den Zentner alle „Parteien“ auf ihre Kosten kommen läßt. Nur durch eine zeitweilige Verstaatlichung der Nahrungsmittelfürsorge, bei der nicht vom Wohl und Weh des Großproduzenten und Großhändlers, sondern vom Wohl und Weh des Klein-

1908 für Jahre	1913 für Jahre	beim Knappschaftsverein
8	4	Saarbrücken
4	6	Mansfeld
3	5	Niederschlesien
7	8	Oberschlesien
1	5	Siegen
2	7	Wurmgebiet
3	9	Wesf.
4	11	Bochum
11	13	Schwetzer
11	19	Brandenburg
10	12	Salzstadt

Verbraucher ausgegangen wird, ist der bezugsfähigen Ausnutzung der Lage beizukommen. Die Tätigkeit der Stadt- und Gemeindefremden...

In demselben Sinne sind sorgfältige Schritte der Staatsbehörden nötig, um der augenblicklichen an großen Anlauf grenzenden Lage auf dem Zuckermarkt das richtige Gesicht zu geben. Wodurch ist pöblich der Zuckermangel und die erhebliche Preissteigerung in allen Kleinverkauftgeschäften eingetreten?

Daß nur durch Verstaatlichung der Nahrungsmittelherstellung dem Lebensmittelwucher begegnet werden kann, zeigen schon die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt. Erst wurde gesagt: „Kartoffeln stief“, auf einmal aber sollte es daran fehlen. Wie es aber gemacht wurde, zeigt folgende Notiz in Nr. 508 der „Rhein.-Westf. Ztg.“ vom 29. Juni 1915:

„Zahlreiche an der deutsch-holländischen Grenze wohnende Händler hatten zu Spekulationszwecken große Mengen Kartoffeln im Herbst angeschafft und solche trotz der fortgesetzten starken Nachfrage zurückgehalten, weil sie einen hohen Gewinn zu erzielen hofften. Um die Kartoffeln vor gänglichem Verderben zu bewahren, werden sie jetzt zu jedem Preis losgeschlagen. Bei Garen sind einem Bekker etwa 120 Saft verkauft, gleiche Mengen kommen aus anderen Gegenden. Die billigen Kartoffelpreise haben Veranlassung gegeben, die stark herabgesetzte Schweineaufzucht wieder zu vermehren, besonders die Schweinemast zu erweitern. Aus Holland treffen noch fortgesetzt große Mengen Kartoffeln ein. Erhebliche Massen Kartoffeln wandern dort in die Stärkefabriken, da infolge der beginnenden Kartoffelneuernte die Nachfrage immer mehr abflaut.“

So wurden die Kartoffeln auch anderswo in gewinnlüchtiger Absicht zurückgehalten. Monatslang mußten die Verbraucher dadurch 7, 8 und 9 Mk. pro Zentner zahlen. Jetzt, wo die Vorräte zu verderben drohen, vielfach schon verdorben sind, werden Kartoffeln zu 2 und 3 Mk. pro Zentner angeboten. Die Stadt Hamborn sucht die Vorräte, die sie zu den hohen Preisen einkaufte, sogar zu 1 Mk. pro Zentner abzugeben. Die kapitalistische Spekulation aber hat ihren Zweck erreicht und sich auf Kosten auch der Vermittler um Millionen und Abermillionen bereichert.

Wir haben nicht nur großen Ueberfluß an Kartoffeln, sondern auch an Zucker. In dem die Zeit vom 31. August bis 1. September umfassen den Betriebsjahr 1912/13 wurden in Deutschland von 342 zur Statistik herangezogenen Fabriken 16 642 237 Tonnen Rüben verarbeitet und daraus 2 632 282 Tonnen = 5 264 564 000 Pfund Rohzucker und 380 868 Tonnen = 761 736 000 Pfund Melasse gewonnen. Diese Erzeugung ist so groß, daß jede Person in Deutschland vom neugeborenen Kinde an täglich ein Viertelpfund Zucker verzehren könnte. Nun wurden aber in Friedenszeiten 40 Prozent dieser Erzeugung — 1913 rund eine Million Tonnen — an das Ausland verkauft. Dieses Quantum bleibt jetzt ebenfalls im Inlande. Wir haben also großen Ueberfluß an Zucker, trotzdem ist der Preis außerordentlich gestiegen und zum Zwecke weiterer Preissteigerung sogar eine künstliche Zuckerknappheit hervorgerufen worden.

Gemüse hatten wir in diesem Jahr im Ueberfluß, stellenweise ist daselbe sogar verdorben, aber die Preise waren viel höher wie in normalen Zeiten. Die Mehrheit der Bundesstaaten hat sich bedauerlicherweise sogar für eine Ausfuhrerlaubnis in gewissen Grenzen ausgesprochen und in gewissen Grenzgebieten ist es tatsächlich gestattet worden, bestimmte Gemüse auszuführen. Dagegen muß für die aus Holland eingeführten Gemüse jetzt das doppelte, zum Teil das dreifache der normalen Preise gezahlt werden.

Also trotz Ueberfluß — Wucherpreise. So werden den breiten Volksmassen Millionen und Abermillionen abgeknöpft, die in die Taschen der Lebensmittelwucherer fließen. Bei diesen aber kommt der Appetit beim Essen; ihrem schamlosen Treiben hätte daher längst ein Ziel gesetzt werden müssen.

Kriegsspielerlei der Kinder.

Wer hatte nicht schon Gelegenheit, die Kriegsspielerlei der Kinder ausgereizt mit allen möglichen Waffen, zu beobachten, und wie oft sind durch solches Treiben Unglücksfälle herbeigeführt worden, die namenlos Leid in die Familien ihrer Schulfameraden brachten. Wie gefährlich diese Spielerlei für die Beteiligten aber werden kann, darüber macht der Leiter der Frankfurter Augenklinik, Professor Dr. Schnaubig, in der „Frankfurter Zeitung“ folgende interessante Ausführungen, die allgemeine Beachtung erfordern:

Seit Kriegsbeginn habe ich eine solche Masse schwerer Augenverletzungen, die beim Spielen entstanden sind, zu Gesicht bekommen, daß ich es für gerechtfertigt halte, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten. Unsere Jugend geht im Sturm der Kriegsbegeisterung und im Haß gegen den feindlichen Feind sehr oft zu weit. Holzäpfel, Langen, Steine als Wurfgeschosse richten ab und zu schweren Schaden an. Wenn nun noch unvernünftige Eltern kleinen und halbwüchsigen Jungen Luftgewehre und Leßhans schenken, entstehen die schwersten Verletzungen. Ich greife aus dem Material der Klinik nur einiges heraus, um den Anfang, der beim Spielen getrieben wird, darzulegen:

Ein Wurfgeschoss von Holz trifft mit der Spitze, die sorgfältig geschliffen war, einen 13jährigen Jungen unterm linken Auge, dringt zwischen Auge und Unterlid ein, zerreiht den Muskel, der das Auge nach unten bewegt, und reißt den Sehner aus dem Augapfel, wie man einen Stiel aus einer Birne zieht. Totale Erblindung. Schielen des Auges nach oben, maximal weite Pupille. — Hieb mit dem Holzäpfel, Untergruß in das Auge, Heilung ohne Schaden. Zum Glück waren die inneren Augenorgane nicht stärker verletzt. — Langen wurden zwischen zwei Gymnasien; die Jungen sind zur Verhinderung des Zweikampfes mit langen Nägeln versehen; genaue Durchsicherung des einen Auges, das entfernt werden muß. — Schießerei mit Wunde, der das Auge eines dreijährigen Mädchens durchbohrt. Heilung nach Operation. — Steinwurf mit schwerer innerer Blutung. Heilung nach vierwöchentlichem Klinikum Aufenthalt. — Pfeilschuß mit gespitztem Pfeil; das Opfer ist ein fünfjähriger Knabe. Das Auge ist durchbohrt, die Regenbogenhaut vorgefallen. Heilung nach Operation.

Solcher Fälle könnte ich noch eine Reihe anführen, will aber nur noch jehs schwere Sehverletzungen angeben: Schußwund mit Leßhans auf einen durch ein Kellerefenster sehenden fünfjährigen Jungen. Beide Augen zerstört. — Zwei Schüsse mit dem hiel. amonierten „Diana-Luftgewehr“, dessen hohe Durchschlagskraft, wenigstens was Menschenaugen anlangt, ich der Fabrik bescheinigen kann. Vier Augen wurden schwer verletzt, drei nach Ausheilung von Blutungen am Sehnerdenkopf und in der Netzhaut wieder hergestellt, das Schicksal eines vierten ist noch unentschieden, jedenfalls wird eine Einbuße an Sehvermögen zurückbleiben, ein fünftes Auge mußte ich entfernen. In diesem letzten

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Braucht mehr Kalibünger!

Von dem Vorstand des Kalihyndikats wird der Presse mitgeteilt, daß der Absatz von Kali in den ersten fünf Monaten d. J. um 42 Millionen Mark gegen den des gleichen Zeitraumes des Vorjahres zurückgegangen ist. Der Rückgang seit dem Beginn des Krieges bis zum Ende des Monats Juni beläuft sich auf rund 100 Millionen Mark, was einem Ausfall von mehr als 5 Millionen Doppelzentner reinem Kali entspricht. Die Gründe dieses starken Rückganges sind bereits wiederholt dargelegt worden. Neben der ungünstigen Stellung von Eisenbahnwagen im Inland, ist hauptsächlich der infolge des Ausfuhrverbotes und des Krieges fast gänzlich lahmgelagerte Absatz von Kali nach dem Auslande dafür anzuführen. Die deutsche Landwirtschaft hat in den ersten neun Monaten des Krieges infolge von Mangel an Wagen und Sperrung von Straßen 1 1/2 Millionen Doppelzentner Kalifolge weniger bezogen, als in dem entsprechenden Zeitraum der Vorjahre. Dies ist um so bedauerlicher, als feststeht, daß die mit Kali gedüngten Felder die Fruchtbarkeit weit besser überwinden haben, als die nicht gedüngten. Da wäre es wünschenswert, daß die Regierung bestrebt sei, mit geeigneten Maßnahmen dahin zu wirken, daß im bevorstehenden Herbst ein ähnlicher Rückgang vermieden wird.

Wel den sehr guten Preisen, die jetzt für landwirtschaftliche Produkte erzielt werden, ist es unserer Erachtens der Landwirtschaft möglich, den Kalibüngerbedarf mindestens auf der früheren Höhe zu halten. Auch wenn Reichstag und Bundesrat die Kali-Zulandpreise etwas erhöhen, kann das für die Landwirtschaft gar nicht nennenswert ins Gewicht fallen.

Ueber den Absatz in den drei letzten Jahren enthält der Bericht des Kalihyndikats folgende Angaben: Auf die Hauptsorten verteilt sich dieser Absatz wie folgt (in Doppelzentnern):

Table with 4 columns: Product, 1914, 1913, 1912. Rows include Carnallit und Bergkieserit, Natrit und Sphinit, Kalibünger 20%, 40%, 80%, Chloralkalium, Schwefelsaures Kali 90%, Schwefelsaures Kalimagnesia 48%, Schwefelsaures Kalimagnesia 40%.

Auf die größeren Absatzgebiete entfallen dabei folgende Mengen (in Doppelzentnern):

Table with 4 columns: Country, 1914, 1913, 1912. Rows include Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Schottland, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Skandinavien und Dänemark, Rußland, Ostprovinzen, Spanien, Nordamerika einschl. Hawaii, Südamerika, Japan.

Danach sind in dem Bericht nach fast allen Ländern und auch in dem deutschen Verbrauch Verringerungen eingetreten. Lediglich Skandinavien und Dänemark haben etwa 60 000 Doppelzentner K2O mehr bezogen als im Vorjahr.

In dem am 9. Juni d. J. von der reichsamtlichen Verteilungsstelle für die Kalindustrie aufgestellten Vergleichslisten stehen nun schon 106 in Förderung befindliche Kaliverke. Selbst während des Krieges sind sechs neue Werke in Förderung getreten. Das ist des „Segens“ viel zu viel. Wann soll Schluss gemacht werden?

War die Preiserhöhung nötig?

Die Preise für Nickel sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen, erhöht worden. Nun machen die Schwere Werke, Nickelwerke (Fleitmann, Witte & Co.) bekannt, es habe betragen ihr

Table with 2 columns: Year, Profit. Rows: 1913/14, 1914/15. Values: Rohgewinn 8 254 707 M., Reingewinn 2 573 151 M. vs 4 778 958 M., 3 904 517 M.

Die Dividende konnte nach stärkeren Rückstellungen als im Vorjahr von 20 auf 25 Prozent erhöht werden. Daß die Preiserhöhungen zwecks Erhöhung des schon vor dem reichlichen Unternehmensgewinn vorgenommen wurden, machen diese Gewinnziffern offenkundig. Wie verträglich das mit dem Wort: Alle müssen für das Vaterland Opfer bringen!

Eine Preiserhöhung für Kots

soll seitens des rheinisch-westfälischen Syndikats spätestens am 1. September vorgenommen werden. Sie soll 1,50 bis 2 Mk. pro Tonne betragen. Eine Preiserhöhung für Kots wäre unserer Erachtens eine besonders falsche Maßnahme. Auf beiseitesetzen Anraten

Hall war ein Stück harter Gummi als Geschloß verwendet worden, der das Auge des siebenjährigen Opfers glatt durchschlug und eine für das andere Auge gefährdrohende Entzündung auslöste, so daß das verletzte Auge nicht mehr zu halten war. Ich denke, daß die angeführten Fälle genügen, um diesen Verletzungen „hinter der Front“ mit ihren schweren Folgen und den nachkommenden Klagen auf Schmerzensgeld und Erjaß Beachtung zu schenken. Ratschlaglich haben Kollegen ähnliche Erfahrungen gemacht. Ich will nicht wieder der Schule die Aufgabe auflegen, hier durch Ermahnungen Wandel zu schaffen; ich glaube, daß die Eltern in erster Linie da zusehen müssen, ihre Kinder vor Gefahren zu bewahren und sich selbst, da sie hauptsächlich sind, daher sollte man Kindern und unreifen Jungen keine Gewehre schenken, die solche Zerstörungen verursachen können, und Eltern, deren Kinder mit demart Bewaffneten Altersgenossen spielen, verbieten am besten jeden Verkehr, bis die Schutzaffen eingezogen sind.

Geologische Kriegswirungen in Flandern.

Das viel umkämpfte Flandern hat nach den jüngsten geologisch-historischen Forschungen eine mindestens 8000jährige Geschichte, deren Anfang also weit über den Beginn geschichtlicher Heberlieferung im Mittel- oder Euphratal hinausreicht. Der Geologe Fred gibt einige Daten, die altbekannte geologische Vorgänge in eine erstaunlich junge Vergangenheit vorwärts rücken. Nach ihm erfolgte die Abtrennung Englands vom Festlande und die Bildung des Vermelfanals erst um 6000 vor Christi, und zwar im Zusammenhang mit der Erweiterung der vorgezeichneten Rheinmündung. Der Rhein nämlich, der einst in der jetzigen Nordsee, in der Nähe der Doggerbank, mündete, floß in der Nachzeit in eine Wucht des Ozeans zwischen Voulgogne und Polsefonte. Entsetzungen des Landes und weltliche Stürme haben dann zur Erweiterung der alten Rheinmündung zu der heutigen Meeresstraße von Calais geführt. Auf diesen Meeresübergang folgte etwa von 3000 v. Chr. bis 300 n. Chr. die sogenannte Torfperiode, die von der Bildung eines Dünenrückens begleitet ist. Der Torf ist zum Teil 5 bis 6 Meter tief und birgt pleistozäne, gallische und galloromanische Kulturreste. Im nächsten halben Jahrhundert sind mehrere Flutkatastrophen zu verzeichnen: das Meer drang bis Brüssel vor und der Meerbusen von Antwerpen bildete sich; um 700 beginnt die Ansiedelung germanischer (slawisch-fränkischer) Stämme auf dem Neuland, das das Meer nach Durchbruch des Dünenrückens mit einer furchtbaren Schlamm- und Schluffflut bedeckt hatte. Zwischen 840 und 1000 finden neue Landbildungen und der Bau der ersten Deiche statt, die in den folgenden zwei Jahrhunderten sich den erneuten Sturmangriffen des Meeres noch nicht gemachten zeigten. Wieder drang die Sturmflut bis in die Bruppeler Landschaft vor — es war um dieselbe Zeit, da

wird jetzt von privaten, kommunalen und staatlichen Anstalten mehr Kots als früher verbraucht. Dazu hat die Preiserhöhung etwa 1,50 Mk. pro Tonne stark beigetragen. Die Bechen könnten folge dessen ihre lange überfüllten, geringwertig in die Bilanz eingezeichneten oder schon ganz abgedruckten Kotslager mit Gewinn oder größtenteils räumen. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat nahm den Bechen von ihren Beteiligungsziffern ab (in Prozent):

Table with 4 columns: Month, 1914, 1913. Rows: Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember.

Die Neigung, statt der veräuerten Kohle mehr den im Preis herabgesetzten Kots zu verbrauchen, hat mithin den Werken einen bedeutend besseren Kotsabsatz beschafft, als er vor dem Kriege herrschte. Das ist schon um deswillen erfreulich, weil wegen der für die Landwirtschaft und den Heeresbedarf benötigten größeren Mengen von Nebenprodukten die Kotszerzeugung gesteigert werden mußte. Die günstige Verbrauchsentwicklung würde aber sicher nicht gefördert, wenn das Syndikat wieder zu den viel zu hohen Kotspreisen zurückkehrte. Allerdings spricht „man“ auch schon wieder von einer weiteren Kohlenpreiserhöhung. Daß diese volkswirtschaftlich ungerechtfertigt ist, beweisen die wieder festgestellten Ueberflüsse der Bechen- und Kokserebetriebe hinlänglich.

Russische Kohlendivende.

Unter den vor Ausbruch des Krieges an der Petersburger Börse eingeführten Aktien von 14 russischen Kohlenunternehmungen sind nur vier, in denen Umsätze stattgefunden, während die restlichen zehn sich in französischen, belgischen und deutschen Händen befinden und außer Acht gelassen werden. Dem der hohen Kohlenpreise — eine Folge des krisenhaften Kohlenmangels — sind die Gewinne der Kohlen-Aktien-Gesellschaften für 1914 gestiegen, wie aus nachfolgender Gewinn-ausschüttung der vier bekannten Unternehmungen ersichtlich ist:

Table with 4 columns: Company, 1913, 1914, 1912, 1911. Rows: Brjansk Kohlen-Gesellschaft, Gruschewski Anthracit, Kuerbad & Co., Selenowkowsk-Gesellschaft.

Die letztgenannte Gesellschaft hat ihr Kapital von 1 Million auf 3 Millionen Rubel erhöht.

Die Kohlegewinnung im Donetzbecken betrug in den ersten fünf Monaten 1915 58 Mill. Kub (im Vorjahre 61) Steinkohlen und 10 Mill. Kub (12,5) Anthrazit. In demselben Zeitabschnitt betrug der Versand 31,1 Mill. Kub (31,3) Steinkohlen und 44,4 Mill. Kub (48,3) Anthrazit. In den Steinflußgruben arbeiteten durchschnittlich 130 000, in den Anthrazitbergwerken 35 000, zusammen also 165 000 Arbeiter.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Gegen die Sonderbündelei.“

Unter diesem Titel wendet sich die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands in ihrem Organ, dem „Korrespondenzblatt“ (Nummer 20 vom 26. Juni) gegen eine Gruppe von Leuten, die beharrlich, sowohl schriftlich als mündlich, sowohl in anonymen Flugblättern und Zirkularen als auch in der sattem bekannten „Berliner Tagwacht“ (die der „Vorwärts“ immer noch nicht als deutsch feindlich erkennen kann) die Bewilligung der Kriegskredite durch die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mündlich bekämpft. Augenblicklich macht diese Gruppe in der Sammlung von Unterschriften für eine allerdings nicht näher erläuterte „Aktion für den Frieden“. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei soll diese „Aktion“ besorgen. In dem betreffenden Zirkular wird die Generalkommission der Gewerkschaften als besonderer Hebelcharakterisiert und darum legen die Zirkularverfasser Wert darauf, möglichst viele Gewerkschaftsvertreter zur Unterschrift zu bewegen, damit sich die in der sozialdemokratischen Partei bereits eingerichtete Sonderbündelei auch in den Gewerkschaften einziehe. Die Erklärung der Generalkommission kennzeichnet dieses Treiben und schließt:

„Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt, und die es für geraten halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Bänderung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.“

Führerlose Grubenlokomotiven.

Die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nennen die Akkumulatoren-Lokomotive, die neuerdings dort gebaut wird, einen „Bergochse“. Die Werkstattbezeichnung ist recht bildhaft und drückt auch sehr gut den Zweck der Konstruktion aus: es handelt sich um eine Lokomotive, die unten im Bergwerk führerlos Schleppearbeit verrichten soll. Eine Grubenlokomotive wird elektrisch betrieben und zwar durch Akkumulatoren geladen. Der Triebwagen ist mit einer selbsttätigen Vorrichtung versehen, die dem Betriebsbedürfnis entsprechend die Lokomotive an vorher bestimmtem Punkten in Bewegung setzt und wieder anhält oder sie auch zum Stillstand bringt, sobald sich irgend ein Hindernis auf dem Geleise findet. Um den Führer entbehren zu können, ist die Vorrichtung wie folgt konstruiert: Der an der Vorderseite über der Lokomotive hinausragende Wügel ist auf einem Schlitzen zurückfedernd gefügt, so daß er sich, wenn er auf ein Hindernis stößt, bis zum Buffer hineinrückt. Hierdurch wird der Batteriestrom unterbrochen, der Motor als Dynamo geschaltet, fuge geschlossen und somit eine kräftige Bremswirkung erzielt. Ist das Hindernis beseitigt, so schiebt sich der Wügel wieder heraus und setzt selbsttätig die Maschine von neuem in Gang. Will man der Lokomotive umgekehrte Fahrtrichtung geben, so kann der Wügel, da er in der schlitzenartigen Führung drehsbar gelagert ist, herumgeklappt und nach der anderen Seite herausgezogen werden. Im Betrieb macht der „Bergochse“ unten in der Grube einen unheimlichen Eindruck. Ein Zug von Kohlenwagen kommt angefahren, born auf der Lokomotive sieht man keinen Führer, und wie von geheimnisvoller Kraft gelenkt, bleibt der ganze Zug plötzlich stehen, weil ein Hindernis im Wege liegt. Nachher schiebt sich der Wügel wieder vor und der Zug setzt ohne Führer seine Fahrt fort. R. Weidt.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.

Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber allen parteipolitischen Streitigkeiten (also auch solcher in den nichtsozialdemokratischen Parteien) neutral verhalten, sich aber auch der richtunggebenden Beeinflussung, sei es seitens irgend welcher Partei, entschieden widersetzen. Natürlich darf nicht nur, sondern muß jedes Gewerkschaftsmitglied sich als Staatsbürger auch parteipolitisch betätigen, aber dadurch wird seine Gewerkschaft nicht im geringsten parteipolitisch verpfichtet. Allerdings sind wirtschaftliche oder sozialpolitische Fragen so eng mit parteipolitischen verflochten, daß die Gewerkschaften, sollen ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung verwirklicht werden, sich parlamentarischer Fürsprecher bedienen müssen. Daß dafür die sozialdemokratische Partei infolge der sozialen Stellung ihrer Anhängerin vorzüglich in Betracht kommt, wurde auch von nichtsozialdemokratischer Seite vielfach anerkannt. Darum haben auch die Gewerkschaften ein bedeutendes Eigeninteresse an dem Bestande einer starken, aktionsfähigen sozialdemokratischen Partei.

Wenn man aber die nun weltkundig gewordene „Scheidung der Geister“ in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beobachtet, wenn man sich die „marxianen Persönlichkeiten“ unter den Sonderbündlern ansieht und sich ihrer Haltung gegen die Gewerkschaftsarbeit erinnert, wenn man ferner sieht, wie die Sonderbündler es versuchen, nun auch Gewerkschaftsvertreter vor ihren Karren zu spannen, so müssen wir doch auch im Gewerkschaftsinteresse fragen, wohin der Weg gehen soll, und sagen, welcher der für die Gewerkschaften erspriechlichste ist. Erinnere man sich nur, wie höhnend und wegwerfend gerade Wortführer der Sonderbündler, namentlich die Sobelöschne, Panneloersch und ihre phantastischer Anhang, über die Gewerkschaften urteilten! Wie sie ihnen „Verwampfung der Arbeiterkraft“ vorwerfen, den gewählten Vertrauensleuten der Gewerkschaften das proletarische Empfinden absprechen! Wie diese anarchoindividualistisch-losomopolitischen „Erwecker“ seit Jahren versuchen, zwischen „Masse und Führer“ Zwietracht zu säen, damit die „Masse“ den experimentierlustigen Abenteuerpolitikern zu Gefallen handelt! Von derselben Seite wird nun der schimpfliche Reden gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und gegen die Generalkommission der Gewerkschaften betrieben, von derselben Seite werden die ständischen Zeitungsartikel gegen die deutsche Arbeiterbewegung in deutschfeindlichen Auslandszeitungen verfaßt oder veranlaßt, von derselben Seite wird mit Venediger darin gearbeitet, daß nach dem Kriege die „Politik“ der Schwabensachen zum Ergötzen der Reaktionsäre Fortsetzung findet. Dadurch kann die Gewerkschaftsarbeit nicht gewinnen und wir müssen uns darum dagegen wehren.

25 Jahre Fabrikarbeiterverband.

Am festlichen Gewande, trotz der trüben Zeit, in der wir leben, und in vielfachem Umfange tritt die Nummer 20 des „Proletariats“, des Organs des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, vor uns; ist sie doch der Erinnerung an die Tatsache gewidmet, daß am 20. Juni sich zum 25. Male der Tag jährt, an dem im „Waldhof“ zu Hannover ein Kongreß der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands zusammentrat, der zur Gründung einer alle Fabrik-, Land- und nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands umfassenden Organisation führte.

Die Gründung des Verbandes fiel in eine Zeit, in der ein besonders starkes Leben in der deutschen Arbeiterschaft pulsierte, nämlich in die Zeit kurz vor Ausbruch des Sozialkrieges. Nach zwölfjähriger Dauer wurde dieses Gesetz bekanntlich am 1. Oktober 1890 aufgehoben. Trotz der Schwierigkeiten, die es der politischen und auch gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiterschaft entgegensetzte, hatten die Arbeiter in den letzten Jahren seines Bestehens doch gelernt, ihre Organisationen gemeinsamermaßen in die Lücken des Gesetzes hineinzubauen. So bestand im Jahr 1890 in Deutschland etwa 20 Lokalvereine, in denen Fabrik- und nichtgewerkschaftliche Arbeiter organisiert waren. Außerdem gehörten den Vereinen der Bauhilfsarbeiter, der Hausdiener und der Handelshilfsarbeiter eine Anzahl Fabrikarbeiter als Mitglieder an. Die Bauhilfsarbeiter wünschten damals, alle nichtgewerkschaftlichen Arbeiter, unbeschadet ihrer besonderen Verhältnisse, in ihrem Verband zu vereinigen. Demgegenüber hielten die bestehenden Fabrikarbeiterverbände eine gesonderte Organisation für zweckmäßiger, und der Ortsverein Hannover war es, der die Initiative zur Schaffung einer solchen ergriff. Sein Vorsitzender, Moshler, berief am 20. Juni 1890 nach Hannover einen Kongreß aller nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands ein, der von 28 Delegierten, die 20 Orte vertraten, besucht war. Nachdem man sich über die Frage: „Zentralisation oder Lokalorganisation?“ mit 24 gegen 5 Stimmen zugunsten der ersteren geeinigt hatte, wurde die Gründung eines „Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands“ beschlossen. Als Vorsitzender des Verbandes wurde August Wey gewählt, der diesen Posten heute noch ausübt.

Auf dem ersten Verbandstag (1892) in Hannover, bis zu dem es der Verband auf eine Mitgliederzahl von 2500 und ein Vermögen von etwa ebensoviele Mark gebracht hatte, wurde die Herausgabe eines eigenen Organs, des „Proletariats“, beschlossen, und mit Hilfe dieses mächtigen Mittelreiters ging es nun weiter an die Gewinnung von Einzelmitgliedern. Am Ende des Jahres 1893 hatte der Verband schon 5000 Mitglieder; 1896 wurde zum ersten Male eine Streikunterstützung in Höhe von 25 605 Mk. gewährt. Dieses Jahr brachte noch eine Reihe weiterer Streiks, aber auch einen Mitgliederzuwachs von 6000, und damit ging es nun vorwärts.

Unmöglich ist es natürlich, im einzelnen die Vorteile auf dem Gebiete der Arbeitsgestaltung aufzuzählen, die der Verband seinen Mitgliedern hat erlangen helfen. Zusammenfassend sei daher nur wiederzuergeben, daß am Schlusse des Jahres 1914 durch ihn 437 Tarifverträge für 30 961 Beschäftigte abgeschlossen wurden. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 2603 Lohnbewegungen in 4841 Betrieben mit 260 000 Beschäftigten geführt, die zu einer Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 146 047 Stunden pro Woche und einer Lohnerhöhung von 290 774 Mk. pro Woche führten. Diese Erfolge sind um so höher einzuschätzen, als der Fabrikarbeiterverband es doch mit ungelerten Arbeitern zu tun hat, die im Vertriebe jederzeit leicht zu erfassen sind und für die es daher um so schwerer ist, irgend welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Der Verband der Fabrikarbeiter stand vor Ausbruch des Krieges mit seinen 207 000 Mitgliedern unter den großen deutschen Gewerkschaften an fünfter Stelle. Er verfügte im Jahre 1913 über eine Einnahme von 4 1/2 Millionen Mark, der eine Ausgabe von 3,8 Millionen Mark gegenüberstand, und einen Kassenbestand von 3,9 Millionen Mark. Der Wochenbeitrag betrug für männliche Mitglieder 45, für weibliche 25 Pf. Von den Ausgaben entfielen 2 1/2 Millionen Mark auf Unterhaltungszwecke. Das Kriegsjahr hat neben einer Verminderung der Einnahmen auf 3,9 Millionen Mark eine Erhöhung der Ausgaben auf 4,4 Millionen und damit ein Zurückgehen des Kassenbestandes auf 3,4 Millionen gebracht. Auch die Mitgliederzahl ist natürlich wesentlich gesunken. Ende Mai d. J. zählte der Verband infolge der zahlreichen Einberufungen nur noch 108 000 Mitglieder.

Wie in so vieles andere, so hat der Krieg auch in ein blühendes Gewerkschaftsleben jährend und erschütternd eingegriffen. Aber auch er kann nicht vernichten, woran eine ganze Arbeitergeneration mit solchen Opfern, solcher Energie und solcher Hingabe gearbeitet hat. Der Verband der Fabrikarbeiter wird, wie alle unsere anderen gewerkschaftlichen Organisationen, das fürchtbare Völkerringen überdauern, um dann mit ungeschwächter Kraft seine gegenwärtige, auf die Befreiung von Hunderttausenden hingerichtete Friedensarbeit wieder aufzunehmen.

Die gelben Wertvereine im Jahre 1913.

Das 11. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt“ bringt auch eine Zusammenstellung der Vereine, Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben der Wertvereine. Als bemerkenswertestes Ergebnis des Jahres 1913 wird die Absonderung der „Berliner Richtung“ bezeichnet, welche durch die verschiedenartige Stellung auf sozialpolitischem Gebiet hervorgerufen worden sei.

Zusammen waren Ende 1913 in den verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Verbänden 1130 Vereine mit 273 725 ordentlichen Mitgliedern vereinigt, davon 23 528 weibliche, gegen 895 Vereine mit 219 480 Mitgliedern im Jahre 1912. Von diesen Mitgliedern gehörten 57 v. H. Vereinen mit über 1000 Mitgliedern an, was darauf zurückzuführen ist, daß im allgemeinen die Form der Betriebsorganisation vorherrschend ist.

Die Tatsache, daß die Wertvereine zum großen Teil mit Unternehmern hochgefallen werden, geht drastisch aus den Einnahmen hervor. So betrug z. B. die Einnahme der dem Hauptauschüsse nationaler Arbeiter- und Berufverbände angeschlossenen Vereinigungen 1 488 819 Mk., worunter nur 891 017 Mk. Pflichtbeiträge von ordentlichen Mitgliedern sich befinden, während 625 802 Mk. aus „anderen Quellen“ stammen.

Die Gesamtausgaben obiger Vereine beliefen sich auf 1 213 018 Mk. Es ergibt sich somit, wenn die Unternehmer ihre gebende Hand einmal festhalten würden, daß die Wertvereine ihre Beiträge um mindestens 60 Prozent steigern müßten, wollten sie auch nur das Unterhaltungsweisen in der heutigen Form beibehalten. Damit dürfte die Würde der Selbstständigkeit den Unternehmern gegenüber wohl erledigt sein.

Die Gesamteinnahme aller wirtschaftsfriedlichen Vereine betrug 2 717 644 Mk. und die Gesamtausgabe 2 137 050 Mk.

Der Vermögensbestand betrug Ende 1913 2 714 098 Mk.

Eine Gegenüberstellung der verschiedenen Organisationen über Mitgliederzahl, Einnahme, Ausgabe und Vermögen ergibt folgendes Bild für das Jahr 1913:

	Mitgliederzahl	Einnahme Mk.	Ausgabe Mk.	Vermögen Mk.
Freie Gewerkschaften	2 525 042	82 178 747	75 030 308	88 110 855
Christliche Gewerkschaften	341 735	7 177 784	6 102 688	9 682 700
Gewerkschaften S.-D.	106 018	2 869 802	2 620 895	4 465 341
Wirtschaftsfriedl. Vereine	280 002	2 717 644	2 137 050	2 714 098
Verb. katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin	124 253	709 685	716 718	638 104

Nicht unwiderprochen darf man lassen, wenn geschrieben wird: „Wernerwert ist, daß die Wertvereine namentlich an bestimmten Orten und in bestimmten Gegenden zum Teil recht erheblich gewonnen haben und mit älteren Gewerkschaftsrichtungen in erstem Wettbewerb treten.“ Dann wird folgende Tabelle gebracht:

	Mitglieder im Verbandsverband Juli 1913	Ende 1912
Essen	14 000	15 675
Gelsenkirchen	8 400	5 627
Bachum	0 000	4 588
Oberhausen	2 500	1 470
Dagegen noch:		
Düsseldorf	8 200	24 920
Elberfeld-Warmen	3 000	20 717
Dortmund	3 800	11 234

Diese Aufmachung, welche im Juli 1913 im „Wertverein“ erschien, ist damals schon als unrichtig zurückgewiesen worden. Es ist deshalb nicht recht verständlich, weshalb diese Zahlen in einer amtlichen Statistik ohne weiteres übernommen wurden. Es dürfte den Aufmachern dieser Gegenüberstellung am „Wertverein“ bekannt sein, daß der Umfang und die Grenzen der Bezirksverbände bei weitem nicht identisch sind mit dem Umfange der Gewerkschaftskarteile und daß deshalb die Gegenüberstellung vollständig irreführend ist. Während die Bezirksverbände der Wertvereine alle Vereine ihres Geltungsgebietes erfassen, gehören viele Ortsvereine der freien Gewerkschaften den Karteilen nicht an. Dazu kommt, daß innerhalb der Grenzen eines Bezirksverbandes oft mehrere Gewerkschaftskarteile sich befinden, die natürlich bei der Gegenüberstellung vollständig außer acht gelassen sind. Auf diese Weise hat man verfahren, allein im engeren Ruhrbezirk 88 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften zu zählen, die den Gewerkschaftskarteilen angehören, ungerichtet die Zehntelstellen — hauptsächlich des Bergarbeiterverbandes —, welche einem Gewerkschaftskarteile überhaupt nicht angeschlossen sind. Zur Zeit der Veröffentlichung der Gegenüberstellung hatten die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen mehr Mitglieder, wie die gelbe Bewegung in ganz Deutschland zusammen. Wie man da noch in amtlichen Veröffentlichungen von einem „in Wettbewerb treten mit älteren Gewerkschaftsrichtungen“ reden kann, ist uns unverständlich.

*) Einschließlich „sonstiger“ Mitglieder.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge

Zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am 20. Juni im Sitzungssaale der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch die stellvertretende Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmittglied H. v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die nach dem Verlaufe des ersten halben Jahres berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Ueberschuß von 171 947,04 Mk. zu verfügen und dadurch den verbleibenden Fonds 74 289 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherungen 98 115 Mk. zuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 012 998 Mk. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 460 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 Mk., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Bestand von 2751 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Ausschusses dem Geschäftsberichte sowie dem vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Ausschusses, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Ausschussrat besonders beauftragten Revisors, Wästel, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Ausschusses, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Ausschussrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erklärte H. v. Elm den vom Vorstand und Ausschussrat vorgelegten Plan zur Verteilung des erzielten Ueberschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zuzehörenden Zinsen im Betrage von 40 000 Mk. unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf wurde von der Generalversammlung einstimmig beschlossen: 1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 36 Abs. 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages bereitzustellende Betrag von 40 000 Mk. ist — unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Dotierung — dem Kriegserlösfonds (§ 36 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages) zuzuführen. 2. Von dem erzielten Ueberschuß im Betrage von 171 947,04 Mk. sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zuzuwenden: dem geschäftlichen Reservefonds 5 v. H. = 8597,35 Mk.; dem Organisationsfonds 8597,35 Mk.; dem Kriegserlösfonds 5 v. H. = 8597,35 Mk., plus der soeben beschlossenen 40 000 Mk., zusammen 48 597,35 Mk.; dem Fonds für besondere Reserven 5 v. H. = 8597,35 Mk.; der Gewinnreserve der Versicherungen 5 v. H. der 1 992 310,90 Mk. betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten = 98 115,54 Mk. Der Rest von 1442,10 Mk. ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Ausschussrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und schlug dazu Wästel vor, dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Ausschussrat bezichtigte zugunsten der Versicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zuzehörende Entschädigung auch für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volksfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse der Versicherten zu führen.

Wer vertritt am energischsten Konsumenteninteressen?

Die „Nordd. Allg. Zig.“ schrieb am 22. Juni: „Den ausschließlichen Standpunkt der Konsumenten vertritt am energischsten die Centralvereinigung der deutschen Konsumvereine Mitte Juni in Frankfurt (Main) angenommen hat. Auf dieser Versammlung wurde neben möglichst frühzeitiger Reflexion des Entwerfers und neben Vertiefung und weiterer Ausdehnung des Beschlagsnahme- und Zwangsverkaufsbereichens eine erhebliche Herabsetzung der Preise und eine besondere Berücksichtigung der Konsumvereine bei der Schaffung der Organisation verlangt.“

Internationale Rundschau. Die holländischen Gewerkschaften

konnten im Mai wieder eine Mitgliederzunahme verzeichnen, nachdem im April ein kleiner Rückgang eingetreten war. Nach „De Walbeveging“, Zentralorgan der freien Gewerkschaften Hollands, zählten diese in 85 Berufsverbänden:

	Mitglieder überhaupt	Tätig arbeitslose Mitglieder	Teilw. arbeitslose Mitglieder
1. September 1914	87 678	19 387	11 843
1. Oktober	87 605	17 947	11 914
1. November	87 626	16 392	8 816
1. Dezember	87 366	16 078	7 686
1. Januar 1915	86 890	15 961	6 794
1. Februar	88 524	14 814	6 521
1. März	89 029	13 478	5 688
1. April	88 784	11 874	4 852
1. Mai	90 882	10 815	3 828

Unser Bruderverband, der holländische Minenarbeiterverband, hat in Geerlen seine Generalversammlung abgehalten.

Englische Bergarbeiter und Zwangsarbeitsgesetz.

Dem Versuch der konservativ-liberalen Regierung, durch gesetzliche Zwangsarbeit (sogenanntes Munitionsgesetz) die industrielle Arbeiterschaft den Befehlen der unbedingten Kriegspartei zu unterwerfen, sehen die Bergarbeiter beharrlichen Widerstand entgegen. Wolfo Bureau meldete Ende Juni aus London:

„Der Minister für Beschaffung des Kriegsmaterials, Lloyd George, hatte eine neue Unterredung mit dem ausführenden Ausschuss der Bergarbeiter, die wiederum das obligatorische Schiedsgericht ablehnten. Die Konferenz vertagte sich. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes, Smilie, erklärte, die Lage sei ebenso ernst wie diejenige, die im Jahre 1912 durch die Forderung nach Mindestlöhnen hervorgerufen wurde. Die Bergleute hätten während des Krieges ihre Pflicht getan und seien erstaunt, daß sie unter die neue Bill gebracht werden sollten.“

In dem betreffenden Gesetz sind Schiedsgerichte über wirtschaftliche Differenzen (Lohn, Arbeitszeit usw.) vorgesehen, deren Urteil maßgebend sein soll. Die britischen Bergarbeiterorganisationen haben schon seit Jahrzehnten mit den Werksbesitzervereinen freiwillig Schlichtungs- und Schiedsgerichtskommissionen eingerichtet, aber von den Zwangsschiedsgerichten wollen sie nichts wissen. Daran halten sie auch jetzt fest. Bezeichnend ist die Erklärung des Kameraden Robert Smilie: Warum die „neue Bill“ (neues Gesetz)? Die Bergarbeiter haben ja während des Krieges ihre Schuldigkeit getan! Damit bestätigt Kamerad Smilie, was wir gegenüber den sensationellen Nachrichten über „Arbeiterunruhen im englischen Bergbau“ schon wiederholt betonten: Die Bergarbeiterföderation in Großbritannien denkt nicht daran, die Kriegsführung durch Arbeitseinstellung zu stören. Die gemeldeten Streiks sind nur lokaler Natur, ohne Bedeutung für die Kohlenversorgung des Landes. Wenn allerdings — und das läßt Smilie durchblicken — trotz der angestrengteren Tätigkeit der Bergarbeiter das Arbeitszwangs-gesetz auf den Bergbau ausgebehtet würde, dann könne eine Situation eintreten, wie 1912 durch den Generalstreik. Und wenn es der Militärmacht gelingen sollte, diesen allgemeinen Abwehrstreik zu brechen, so würde die Kohlenversorgung des Landes, was das auch 1912 in Frage stand, einfach durch „passive Resistenz“ (so langjames Arbeiten, wie nur möglich) unterbunden werden. Wir glauben daher immer noch, daß es die Regierung vorziehen wird, nicht durch falsche Maßregeln die offene oder stille Arbeitseinstellung der Bergleute, deren nationale Gefinnung außer Zweifel ist, zu provozieren.

Knappschäftliches. Knappschäftliche Rückversicherung.

Dem am 1. Januar 1908 gegründeten Knappschäftlichen Rückversicherungsverband in Charlottenburg gehören 37 preussische und 4 nichtpreussische Knappschäftspensionisten an, die am 31. Dezember 1912 zusammen 530 711 Mitglieder hatten. Die Anstalt erhaltet jedem angeschlossenen Verein die von diesem nach dem Beitragsvertrag an die Anstalt bewilligten Pensionen in folgendem Umfange: a) die Invalidenpensionen, an denen nur ein Verein beteiligt ist, zur Hälfte; b) die Invalidenpensionen, an denen mehr als ein Verein beteiligt ist, die Witwen- und Waisenpensionen voll. Dafür haben die Vereine Beiträge zu zahlen, die vorwiegend zur Sicherstellung der in Rückdeckung gegebenen Pensionen nach dem Kapitaldeckungsverfahren ausreichen. Alle fünf Jahre wird eine Ausgleichsrechnung vorgenommen. Am 31. Dezember 1914 waren bei der Anstalt rückversichert: bei der Arbeiterabteilung 78 373 Pensionen im Gesamtbetrag von 11 173 854 Mk., bei der Beamtenabteilung 1155 Pensionen im Gesamtbetrag von 93 927 Mk. Zinsgebühren betrugen während der siebenjährigen Tätigkeit der Anstalt: Beitragsentnahme 140 784 002,84 Mk., Pensionerstattungen an Vereine 42 143 943,81 Mk., Rücklagen für 79 528 Pensionen in Höhe von 11 267 780,26 Mk. = 111 869 159,42 Mk., Sickerheitsrücklage 235 864,91 Mk., an die Vereine verteilter Gewinn 2 122 622,16 Mk., für spätere Gewinnverteilung vorgelagert 2 251 217,14 Mk.

Von den Ueberschüssen, die sich aus geringerer als der berechneten Pensionrückzahlung, Zinsen der angelegten Kapitalien usw., ergeben, entfallen 472 613 Mk. auf das Jahr 1912, 798 062 Mk. auf 1913 und 982 512 Mk. auf 1914. Von den mittleren und größeren preussischen Knappschäftvereinen sind dem Rückversicherungsverbande noch nicht angeschlossener der Burbacher, Dillinger, Halberger, Kauerfischer, Wurnbacher, Brandenburger, Halberstädter, der Halle'sche, Oberschlesische und Plessische.

Von den bayerischen Knappschäftspensionisten (1912: 22 mit 13 561 Mitgliedern) hatten sich Ende 1913 erst 10 mit 4382 Mitgliedern zu dem Bayerischen Knappschäftverband (München) vereinigt. Dieser Verband übernimmt „zur Hälfte“: a) die beim Eintritt des Verbandsvereins laufenden Pensionen; b) die Beiträge der jeweiligen Normalpensionsjahre für diejenigen Empfänger, deren Pensionen nach dem Eintritt des Vereins festgesetzt werden; c) die Abfindungen; d) die einmaligen Vergütungen und e) eine Reihe von Vertrauensausgaben. Hierfür haben die Vereine zu zahlen: a) eine Beitragsanlage; b) einheitlich festgesetzte, für die Sicherstellung der übernommenen Leistungen ausreichende Normalbeiträge; c) eventuelle Normalzuschläge (nur von solchen Vereinen zu zahlen, die eine überdurchschnittliche Pensionslast haben); d) die vom Verbandsverband eventuell festzusetzenden, von den Werksbesitzern allein auszubringenden Sonderzuschläge zwecks Sicherstellung der garantierten Leistungen.

Die Knappschäftskasse müssen nun überall, wo es noch nicht geschehen ist, auf den Anschließ ihrer Knappschäftvereine an den Rückversicherungsverband bestehen, da andernfalls infolge der Kriegslasten ein baldiger Zusammenbruch einer Reihe von Knappschäftvereinen zu befürchten ist.

Mitkände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Hermann I u. II (Selm). Von Arbeitern hiesiger Schachtanlage wird gemeldet, daß Steiger L. sich etwas andere Handlungsformen angewöhnt. Nebenbei, wie: saule Bande, Lumpen, gestülpte, Drückberger, sind bei ihm üblich. Selbst vor Kästlichkeiten ist derselbe nicht zurückgeschreckt. So wurde uns schon vor einiger Zeit gemeldet, daß er in der Kameraden Z. in der Grube gestohlen und geschlagen habe, so daß derselbe für kurze Zeit arbeitsunfähig wurde. Am 16. April wurde der Lehrling B. A. vom Steiger L. in der Grube gewürgt; er rührte sich nach anderen Kameraden gegenüber seiner Tat und meinte, so würden die Leute im alten Verband ertragen, ob man ihn dieserhalb in die „Bergarbeiter-Zeitung“ setze, lasse ihn vollständig kalt, denn was in der „Bergarbeiter-Zeitung“ steht, sei doch nicht als Lüge. Dieser Beamte scheint danach ebenso unverantwortlich zu reden wie zu handeln.

Sehe Westende III u. IV. Auch hier ist das Heumagenladen üblich, zum großen Schaden der Arbeiter. An einer Stelle, Kohlennummer 106, erhält der Junge sogar eine Prämie von monatlich 10 Mk., wenn er die Wagen gehörig aufhäuft. Auf diese Weise müssen die Arbeiter bis zu 10 und mehr Prozent Kosten mehr liefern, wofür sie keine entsprechende Bezahlung erhalten. Das ist ganz sicher ungeschickt. Obendrein werden den Arbeitern dann noch Beihilfen in Abzug gebracht. So lieferte eine Kameradenschaft am 1. Juni 29 Wagen, davon wurden 8 Beihilfen abgezogen; 2. Juni 84 Wagen, 28 Beihilfen ab; 4. Juni 90 Wagen, 21 Beihilfen ab; 6. Juni 84 Wagen, 16 Beihilfen ab; 7. Juni 10 Wagen, 8 Beihilfen ab; 8. Juni 70 Wagen, 24 Beihilfen ab; 9. Juni 60 Wagen, 24 Beihilfen ab; 10. Juni 88 Wagen, 24 Beihilfen ab; 11. Juni 74 Wagen, 22 Beihilfen ab; 12. Juni 51 Wagen, 19 Beihilfen ab; 14. Juni 85 Wagen, 20 Beihilfen ab; 15. Juni 88 Wagen, 24 Beihilfen ab; 16. Juni 90 Wagen, 51 Beihilfen ab; 17. Juni 114 Wagen, 50 Beihilfen ab; 18. Juni 51 Wagen, 21 Beihilfen ab; 19. Juni 168 Wagen, 72 Beihilfen ab; 21. Juni 117 Wagen, 87 Beihilfen ab; 22. Juni 117 Wagen, 76 Beihilfen ab; 23. Juni 170 Wagen, 88 Beihilfen ab; 24. Juni 164 Wagen, 88 Beihilfen ab; 25. Juni 84 Wagen, 41 Beihilfen ab; zusammen 1844 Wagen, 889 Beihilfen ab. Von 1844 gelieferten Wagen wurden danach im Juni in 21 Wagen 830 Beihilfen oder 88% der Wagen abgezogen, obwohl dieselben wie Heumagen beladen werden müssen. Gegen dieses Unrecht sollte die Bergbehörde unverzüglich einschreiten. Der Vorschlag ist stellenweise nach, voller Schlamms und Lächer. Hier müßte mehr Ordnung gehalten werden, damit die Arbeiter besser passieren können. In den Pferdestreken der Meviere 7 und 8 sieht es ebenso aus. Wasser und Schlamm sind hier in solcher Menge vorhanden, daß die Arbeiter trockenen Fußes nicht hindurchkommen können. Die Kohlenförderung geht im Querschlag und in den Strecken so lange, daß die am Schluß der Schicht nach dem Schacht gehenden Arbeiter gefährdet werden. Hier sollte entweder ein besonderer Fahrweg geschaffen oder die Kohlenförderung so früh eingeleitet werden, daß die Arbeiter am Schichtschluß den Weg zum Schacht ungehindert zurücklegen können.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Verlängerung des Urlaubs.

Das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps hat angeordnet, daß familiäre zur Wiederaufnahme der Arbeit bei Heeresleistungen beurlaubten oder entlassenen Mannschaften bis zum Eingang einer weiteren Entscheidung auf den Arbeitsstätten verbleiben können, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Urlaub am 30. Juni oder zu einer anderen Zeit abläuft. Die betreffenden Leute haben bei Ablauf der Zurückstellung oder Beurlaubung sich nicht ohne weiteres zu stellen, sondern einen neuen Bestimmungsbefehl abzuwarten. — Das betrifft natürlich auch die zur Werkarbeit beurlaubten Bergleute.

Eine bemerkenswerte Mahnung

richtet die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 148) an solche Kreise, welche durch die Anpreisung ihrer mehr oder weniger phantastischen „Kriegsziele“ in der Presse, noch mehr aber in sogenannten „geschlossenen Gesellschaften“ (mit nachheriger Massenverbreitung des „Manuskript gedruckten“ Referats) die noch nicht gesicherte Position Deutschlands unverantwortlich erschweren. Nachdem sie, nach unserer Ueberzeugung sicher zu Unrecht, die Landtagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Braun über den Lebensmittelpreis und die krasse Not der Arbeiter und Schreierereien unverantwortlicher „Kriegszielstrategen“ bekämpft hat, fährt die „Bergwerks-Ztg.“ fort: „So beklagenswert das Auftreten des Abgeordneten Braun im preussischen Abgeordnetenhause gewesen ist, so wahr ist es auf der anderen Seite, daß verschiedene Stellen die Pflicht haben, ihr Gewissen darüber zu erforschen, ob sie nicht den Anlaß zu dieser Demonstration gegeben haben. Wir alle wissen, was wir wollen und was dieser Krieg uns bringen muß: Sicherung unserer Grenzen, Sicherung unserer wirtschaftlichen, industriellen und landwirtschaftlichen Zukunft, feste Garantien, daß uns ein solcher Krieg nicht noch einmal freibillig aufgezungen wird. Aber ebenso sollte jeder von uns wissen, daß die Zeit noch lange nicht gekommen ist, um die Friedensbedingungen zu erörtern und um das zu bezeichnen, was wir fordern müssen. Das hängt ja gar nicht von uns ab, sondern von dem Ausgang des Krieges, von dem Endergebnis der Arbeit unserer Schwertes. Jeder, der schreibt oder spricht, sollte sich seiner schweren Verantwortung dieser Frage gegenüber besonders auch nach der Richtung hin bewußt sein, ob nicht durch unbedachte, durch törichte Worte unsere Stellung bei den Neutralen gefährdet wird. Wir haben wirklich keinen Anlaß, uns unnötig noch neue Feinde zu schaffen, die neue Blutopfer erfordern. Die Presse erfüllt diese Pflicht und zwar nicht nur, weil sie unter den Maßnahmen der militärischen Presseaufsicht dazu gezwungen ist, sondern mehr noch, weil sie durch ihren Beruf und durch Vaterlandsliebe zur Vorsicht und Gewissenhaftigkeit erzogen wird. Aber es kann nicht verdrängt werden, daß mehrere Parlamentarier, die öffentlich aufgetreten sind, ein sehr viel geringeres Maß von Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag gelegt haben. Die schlimmen Folgen sind nun da und man kann sie leider nicht einer Seite einseitig zur Last legen. Wer die Dinge aus dem Gefühl ehrlücher Liebe zum Vaterlande prüft, der kann nur den Standpunkt der Regierung billigen, die den ersten Wunsch ausgedrückt hat, diese Erörterung jetzt noch ruhen zu lassen. Es kann unmöglich etwas Gutes daraus entspringen, wohl aber, wie jetzt schon klar geworden ist, viel Böses, viel Schlimmes. Der lauchende Dritte, der hinter denjenigen steht, die über diese Frage streiten, ist niemand anderes als unser Feind, insbesondere England. Das sollten alle sich gewärtig halten. So notwendig es ist, wachsam zu sein und es unter allen Umständen durchzuführen, daß diese Erörterung rechtzeitig freigegeben wird — und diese Wachsamkeit wird ganz gewiß ausgeübt —, so sicher ist es auf der anderen Seite, daß heute noch nicht der richtige Augenblick da ist.“

Wer die „Kriegsziel“ reden namentlich jüngst in Versammlungen, die von bestimmten Interessenten-Gruppen sehr nahestehenden Persönlichkeiten arrangiert wurden, wer nach gewisse phantastische Eingaben an die Reichsregierung kennt, der weiß, daß die Mahnung der ebenfalls wohlunterrichteter „Bergwerks-Zeitung“ durchaus am Platze ist. Auch in Blättern, die sonst mit der „Bergwerks-Zeitung“ eines Sinnes sind, wird a n d a u e r u b verurteilt, die Reichsregierung auf ein „Kriegsziel“ festzulegen, an das die braven Volkswaffen, als sie sich einmütig zur Vaterlandverteidigung erheben, nicht denken. Auch wir sind der Meinung, wir sollten uns nicht im Innern beruncinigen und uns noch mehr Feinde in dem neutralen Ausland machen, sondern der Welt das eindrucksvolle Schauspiel eines dauernd in der entschlossenen Verteidigung seiner Lebensinteressen einen eigenen Vorgesetzten bieten. Dieser feigliche Eindrud geht aber verloren, wenn sich unter uns unverantwortliche Personen und Gruppen erheben, die es den ausländischen „Zersplitterungsstrategen“ in der Verteilung des Väterlandes gleich tun wollen, fernermaßen der Vär noch lange nicht erledigt ist.

Wir halten zusammen!

Auch im Waldenburger Revier, das unser Verbandsvorsitzender Kamerad Sachse seit 1898 im Reichstag vertritt, glauben die jattsam bekannten Quertreiber (übrigens durchweg Personen, die

a u ß e r h a l b des Bergarbeiterverbandes stehen), das Vertrauen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter auf Sachse und seine Kollegen erschüttern zu können. Diese Quertreiber haben in der am Sonntag, den 27. Juni, in Kliffwasser stattgefundenen außerordentlich stark besuchten Kreisdelegiertenversammlung eine gründliche Anhörung erhalten. Kamerad Sachse legte ausführlich seine Stellung für die Kreditbewilligung klar und erläuterte seine Auffassung von dem Krieg und den Erfordernissen nach dem Kriege. Der Vortrag wurde, wie die „Schlesische Bergwerks-Zeitung“ mit „draußen dem Weisfall“ aufgenommen. Ein in m i g fand danach eine Resolution Annahme, durch welche sich die Delegierten v o l l s t ä n d i g mit dem von Sachse vertretenen Standpunkt der sozialdemokratischen Mehrheit seiner Fraktionskollegen und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einverstanden erklärten. Wir halten zusammen gegen die ausländischen Feinde und auch gegen die Quertreiber im Innern.

Feierschichten oder Krankenschichten?

Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben: In Nr. 27 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. Juli d. J. befindet sich auf der ersten Seite ein Artikel, überschrieben: „Strittige Bergarbeiterfragen“. In diesem Artikel werden die Bedingungen betreffend die Lage der Industrie in der verstärkten Haushaltungskommission des preussischen Landtages besprochen und die von unserem Standpunkte aus notwendigen Schlussfolgerungen gezogen. Der Verleitetler der Kommission, Herr Abgeordneter Handelskammer-Syndikus Hirsch-Essen, hat nach dem bereits erwähnten Artikel u. a. ausgeführt, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund im I. Quartal 1915 rund 1 600 000 Heber- und Heberfischichten verfahren worden seien, daß aber auch andererseits rund 500 000 Feierschichten in demselben Zeitraum zu verzeichnen seien, die einen Fördererfall von 500 000 Tonnen und 25 Millionen Mark Lohnausfall verursacht hätten. Mit Recht wird in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu diesen Ausführungen bemerkt, daß diese nicht nachvollziehbare Behauptung von den 500 000 Feierschichten recht gut hätte unterbleiben können, denn sie beweist doch wohl nur eine Diskreditierung der Bergarbeiter. Ganz unsere Meinung! Denn wenn Worte einen Sinn haben sollen, kann Herr Hirsch doch nur die willkürlichen Feierschichten gemeint haben. Wie aber die hohe Zahl der Feierschichten unter Umständen zustande kommt, darüber geben nachfolgende Zeilen Aufklärung. Im Mtat. d. J. fand eine Ausschussung der Zeche W o l f s b a n k bei Wintrop statt. Der Arbeiterausschuss besteht aus Mitgliedern des christlichen Gewerksvereins. In der Sitzung machte der Betriebsführer u. a. bekannt, was in der Lohnfrage beschlossen sei. Die Organisationen hätten eine Eingabe betreffend Lohnaufbesserungen gemacht. Sie (die Betriebsleiter) wollten sich aber nicht treiben lassen, sondern schon vorher die Löhne selbstständig aufbessern. Der Ausschuss sei zwar in der Lohnfrage nicht zuständig, er (der Betriebsführer) wolle aber mitteilen, was beschlossen sei, damit es der Belegschaft bekannt gegeben werden könne. Nach Bekanntgabe dessen, was bewilligt worden sei, wurden die Arbeitervertreter vom Betriebsführer aufgefordert, die vielen Feierschichten aufzunotieren. Von August 1914 bis März 1915 seien auf W o l f s b a n k 7668 Heberschichten verfahren worden. In demselben Zeit seien aber 18 474 Schichten gefeiert worden, hiervon willkürlich 3700, auf Urlaub 2037, laut Kranken- und Verletzungslisten 11 747. Die hohe Zahl der Krankenschichten rühre daher, daß sich die Feiernenden einen Krankenschein ausstellen ließen, um sich vor Bestrafungen zu schützen. Wenn es so gemacht würde wie auf Zeche W o l f s b a n k und die Krankenschichten zu den Feierschichten gezählt werden, dann braucht man sich ja nicht zu wundern, wenn der Abgeordnete Hirsch berichten konnte, es seien im I. Quartal 1915 rund 500 000 Feierschichten zu verzeichnen gewesen.

In der letzten Ausschussung der Zeche General W i l m e n t h a l III u. IV kam W e s s e l o r L o b e c auch auf die vielen Feierschichten zu sprechen und führte an, daß mit dem Steigen der Löhne auch die Feierschichten bedeutend gestiegen seien, und zwar von 1100 im Januar d. J. auf 1300 im Mtat. Da auch hier die Krankenschichten mit eingerechnet sind, entzieht sich unserer Kenntnis, denn ein näherer Definition der Feierschicht wurde nicht gegeben.

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Sterkrade

fand am 4. Juli in Sterkrade statt, die einen recht guten Verlauf nahm. Die Verwaltung der Zeche war durch die Herren Betriebsinspektor Gilfert und Betriebsführer Zellerhoff vertreten. Zunächst erstattete der Arbeiterausschuss Bericht über seine Tätigkeit und die Verhandlungen über die Feuerungszulage, die nicht den gewünschten Erfolg hatten. Dem Arbeiterausschuss sei aus Kameradenkreisen der Vorwurf der Leisterelei gemacht worden, aber sehr zu Unrecht. Es sei alles getan worden, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Herr Betriebsinspektor Gilfert, der wiederholt in die Diskussion eingriff, führte aus, der Arbeiterausschuss habe so viel Vorschläge gestellt und Anregungen gegeben, daß allem gar nicht entsprochen werden konnte. Das sei der Fall gewesen bezüglich der Verbandstafel und der Lederriemchen für die Geschoßkästen. Verbandstafel und Lederriemchen seien in der Grube nur schwer aufzubewahren, die Lederriemchen sollen angehängt werden, sobald der Krieg vorüber und Leder wieder zu angemessenem Preis erhältlich sei.

In der Diskussion trugen eine Anzahl Belegschaftsmitglieder verschiedene Beschwerden vor. Einer der Kameraden meinte demgegenüber unter allseitigem Beifall, der Zweck der Belegschaftsversammlung sei nicht, sich in solchen Dingen zu verlieren und die Hauptsache außer acht zu lassen. Die Hauptsache sei doch die Lohnfrage. Von den Arbeitern würden jetzt große Leistungen gefordert. Da sei es auch notwendig, daß die Löhne entsprechend erhöht würden, damit die Arbeiter den Mehrverbrauch an Kräften durch bessere und reichere Nahrung ersetzen könnten. Er sei nun der Ansicht, daß in dieser Beziehung nicht genug geschehen sei.

Demgegenüber führte Herr Betriebsinspektor Gilfert aus, es sei das Bestreben der Verwaltung, den vorgebrachten Wünschen so weit als möglich entgegenzukommen und die Beschwerden abzustellen. Von einer generellen Lohnhöhung entsprechend den Forderungen der Verbände sei indes Abstand genommen worden, weil eine solche ja doch nur preissteigernd auf die Lebensmittel wirke und den Arbeitern so weit keinen Nutzen bringe. Die Löhne seien aber inzwischen um etwa 15 Prozent gestiegen.

Hiergegen erhob sich Widerspruch und es wurde bezeugt, daß die Löhne so viel gestiegen seien. Neben ausreichenden Löhnen kämen auch noch niedrige Löhne vor. Auch die jugendlichen Arbeiter würden mit verhältnismäßig schweren Arbeiten beschäftigt, die früher von höher entlohnerten Arbeitern verrichtet wurden, aber nicht entsprechend bezahlt.

Weiter wurde Beschwerde geführt über die hohen Lampenreparaturkosten, die von den Arbeitern zudem nicht kontrolliert werden könnten. Auf anderen Begehren wurde den reparierten Lampen ein Zettel angeheftet, woraus die Arbeiter Art und Kosten der Reparatur erfahren könnten. Herr Betriebsinspektor Gilfert erkannte diese Beschwerde als berechtigt an und versprach, daß in Zukunft auf Sterkrade in gleicher Weise verfahren werden soll.

Der Verlauf dieser Versammlung hat gezeigt, daß, wie auch der Minister Dr. Sydow im Landtag sagte, ein gutes Wort einen guten Ort findet und besser seinen Zweck erreicht, als Zwangsmaßnahmen.

Süddeutschland.

Feuerungsbeihilfen für Staatsarbeiter.

Amlich wird mitgeteilt: Die bayerische Staatsregierung hat, veranlaßt durch die zurzeit bestehende Feuerung der wichtigsten Lebensmittel, sich entschlossen, den geringeren entlohnerten Klassen der Staatsarbeiter mit Wirkung vom 1. Juni an zunächst auf die Dauer von vier Monaten Feuerungsbeihilfen zu verabfolgen. Die Maßnahme auf die verbleibende Finanzlage des Staates macht es zur Pflicht, die Beihilfen auf die Fälle des dringenden Bedürfnisses zu beschränken. Diese Notwendigkeit führt dazu, daß die Beihilfen nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze gewährt und innerhalb dieser Grenze nur den verheirateten oder verwitweten Arbeitern, die Kinder zu ernähren haben, zugewendet werden. Daß für diese Gruppen die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Verteilung des Lebensunterhaltes sich am meisten fühlbar machen, bedarf keiner näheren Darlegung. Als jährliche Einkommensgrenze ersuchen der Betrag von 1400 Mk. angemessen. Innerhalb dieser Grenze sollen und zwar in abgerundeten Monatsbeträgen, folgende Beihilfen gewährt werden:

- a) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter, die ein Kind unter 15 Jahren zu ernähren haben, monatlich 3 Mk.;
- b) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit zwei Kindern unter 15 Jahren monatlich 6 Mk.;

c) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit drei oder vier Kindern unter 15 Jahren monatlich 9 Mk.;

d) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit mehr als vier Kindern unter 15 Jahren monatlich 12 Mk.

In ähnlicher Weise sollen die Beamten mit einem Einkommen von unter 1400 Mk., die verheiratet oder verwitwet sind und für Kinder unter 15 Jahren sorgen haben, im Falle der Bedürftigkeit auf Ansuchen Beihilfen gewährt werden. Dabei ist in Aussicht genommen, diese Zusammenhänge in gleicher Weise wie die Beihilfen für die Arbeiter abzuschließen und borerst fortlaufend für die Monate Juni mit September zu bewilligen.

Nach langem Bögern hat sich endlich auch die bayerische Staatsregierung entschlossen, den Arbeitern eine Feuerungszulage zu gewähren. Aber das Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut“ hat sich hier nicht bewahrheitet. Die Feuerungszulage ist sehr gering ausgefallen und wird obendrein nur Arbeitern gewährt, die weniger wie 1400 Mk. jährlich verdienen. Diejenigen Arbeiter, die über 1400 Mk. jährlich verdienen, und die ledigen Arbeiter gehen leider leer aus.

Bayerische Heberlandzentrale hat Feuerungszulage bewilligt.

Auf unsere Eingabe um Feuerungszulage erfolgte folgende Antwort: Regensburg, den 30. Juni 1915.

Deutschen Bergarbeiterverband, Bezirk Bayern, z. S. von Herrn Andreas Kaiser, Gewerkschaftssekretär, Gausham.

Bezieht: Feuerungszulagen für Arbeiter.

Die Angelegenheit ist dadurch erledigt, daß wir inzwischen unseren Leuten Feuerungszulagen gewährt haben.

Im übrigen befinden wir uns durchaus nicht, wie Sie zu glauben scheinen, in einer günstigen Geschäftslage. Da wir die geringe Menge Kohlen, die wir mit den gebliebenen Leuten noch fördern können, gang für die Stromerzeugung des Landes brauchen und vertraglich überall an feste Strompreise gebunden sind, haben wir keinerlei Vorteile von der sonstigen Steigerung der Bergwerksprodukte und müssen alle Verluste des Krieges selbst tragen. Es wäre zu wünschen, wenn sowohl unsere Leute als auch die Öffentlichkeit die Opfer anerkennen würden, die wir zur Aufrechterhaltung des Betriebes und der Stromerzeugung bringen müssen.

Bayerische Heberlandzentrale, Aktiengesellschaft, gez.: K. Wertensohn, C. Flemming.

Leider ergibt sich aus diesem Antwortschreiben nicht, wie hoch die bewilligte Feuerungszulage ist. Wir erkennen gern gebrachte Opfer an, und es wäre zu wünschen, wenn die Grubenverwaltungen und die Öffentlichkeit die Opfer ebenso anerkennen würden, welche von den Arbeitern gebracht werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche (vom 4. bis 10. Juli 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Eintrittsgeld betreffend.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 2 unseres Statuts erstreckt sich auch auf die aus dem Krieg zurückkehrenden Kameraden, welche nicht aktiv gebient haben. Alle jetzt oder später aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Kameraden können also Mitglieder werden, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, falls sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Rückkehr dem Verbands beitreten.

Wegen andauernder Verhinderung des Kameraden Munsbed hat der Kontrollausschuss den Kameraden Hermann Linke, Dortmund-Dorfstraße 1, an seiner Stelle ernannt. Alle Befehle werden daher an den Genannten zu senden.

Rechtshilfe betreffend.

Medlinghausen. Die Sprechstunden finden an folgenden Tagen statt: Donnerstag und Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. In den anderen Tagen und Zeiten ist das Bureau geschlossen. Wir bitten die Mitglieder dieses zu beachten, damit unnötige Wege erspart bleiben.

Bibliothek.

Kamen I. Die Gewerkschaftsbibliothek ist vorläufig geschlossen, bis die Lokalfrage wieder geordnet ist. Diejenigen Kameraden, die noch Bücher aus der Bibliothek in ihrem Besitz haben, müssen dieselben beim Bibliothekar Hermann Weich abgeben. Der Zeitpunkt der Eröffnung wird an dieser Stelle bekannt gegeben.

Adressenveränderungen.

Mittendortmund. Der Kassierer Friedr. Schwarz wohnt vom 1. Juli ab nicht mehr Provinzialstr. 45, sondern Wilhelmshöhe 18.

Sterbetafel

- Im Monat Juni sind folgende Verbandsmitglieder gestorben:
- | | |
|---------------------------------------|-----------------------------------|
| Germann Wichmeier, Westercappeln. | Peter Eder, Werthenbach. |
| Anton Pedar, Obermarzloch. | Karl Sosna, Zaborze I. |
| Heinrich Kollmann, Rette. | Josef Wader, Bodum-Hödel. |
| Karl Gehlmann, Eickelben. | Johann Drol, Poremba. |
| Wilh. Kintz, Querenburg. | Vito Franke, Zeuthen. |
| Wich. Kawaschuh, Gellenskirchen VIII. | Ernst Fähring, Dortmund I. |
| Heinrich Haupt, Eickelhofen. | Karl Röhler, Eickelben. |
| Theodor Steiniger, Dortmund I. | Karl Schwitten, Gudarbe. |
| Heinrich Wendel, E.-Frohnhausen. | Wilhelm Weber, Serne II. |
| Anton Traub, Wuer. | Nikard Köster, Altstaden. |
| Wilhelm Meier, Rankstrop. | Edwald Wähner, Hatthausen. |
| Adolf Garter, Werlenbach. | E. Wietz, Delnig. |
| August Hermann, Hohenmölsen. | Josef Dohmann, Heeren. |
| Heinrich Fuhrmann, Weisklein. | Georg. Heintz, Gladbeck I. |
| Heinrich Kasting, Dümpten II. | Wilhelm Stache, Wutendorf. |
| Florian Bura, Kranz. | Peter Schäfer, Hellingen. |
| Bernhard Schmittinger, Steele. | Albin Weich, Niederhafflau. |
| Josef Sindermann, Schlegel. | Emil Wödel, Möblich. |
| Emil Malowka, Westerhoff. | S. Galt, Berghofermarkt. |
| Franz Barth, Dölan. | August Schöndor, Fattingen. |
| Heinrich Wiescher, Erlenschwid. | Johann Garter, Gausham. |
| Theodor Hinkel, Westrich. | Paul Zobia, Rastig. |
| Franz Mandel, Benzberg. | Josef Fißcher, P.-Setten. |
| Karl Suttowski, Mittendortmund. | August Breuser, Weimar I. |
| Karl Martinel, Heeren. | Bernhard Winkelman, Alteneisen I. |

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Wachtung Knappschäftsälteste!

Kommission Herne.

Sonntag, den 11. Juli 1915, vormittags 9 1/2 Uhr,

im Gemeindegasthaus zu Drewer, Post Hülls.

Kommissions-Sitzung.

Wichtige Beteiligung erwartet Der Vömann.

Die Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Preis: Für Mitglieder 15 Pf., im Buchhandel 25 Pf.

Zu beziehen durch H. Handmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 40, und zu bestellen bei den Voten und Vertrauensleuten.

Das in leicht verständlicher Sprache verfaßte Schriftchen enthält alle Ansprüche, welche die am Kriege teilnehmenden Bergarbeiter oder ihre Hinterbliebenen bei der Staats-Knappschäfts- und Reichsinvalidenversicherung zu stellen haben.